Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 234. [50. Jahrgang.] **Donnerstag den 6. Oktober 1910.** **[50. Jahrgang.] Nr. 234.**

Berlin, den 5. Oktober.

Rundschau im Auslande.

Revolution in Lissabon.

In Lissabon ist laut Meldungen, die über Paris, Madrid und London eingetroffen sind, eine Revolution ausgebrochen. Ueber den Umfang und Charakter der Bewegung liegen noch keine zuverlässigen Nachrichten vor. Es scheint sich um einen gegen die Dynastie gerichteten Aufstand der Republikaner zu handeln, der von einem Teil des Heeres und der Marine unterstützt wird.

Die bisher eingegangenen, zum Teil einander widersprechenden Meldungen besagen:

Paris, 4. Oktober. Aus Lissabon wird gemeldet: Zu dem Irrenarzt Professor Bombarda trat am Montag der Offizier in der portugiesischen Armee Leutnant Rebello, den er früher im Hospital behandelt hatte, in das Konsultationszimmer und zog, als ihn der Arzt nach seinem Befinden befragte, einen Revolver hervor, mit dem er Schüsse auf ihn abgab und ihn tödlich verwundete. Bombarda starb alsbald, nachdem er den herbeieilenden Dienern zugerufen hatte, man solle dem Mörder, der ein Wahnsinniger sei, nichts zuleide tun. Der ermordete Arzt war ein angesehener Gelehrter; seine jüngst erklärte Anhängerschaft zur republikanischen Partei erregte großes Aufsehen. Er wurde bei den jüngsten Wahlen als Mitglied für Lissabon zum Parlament gewählt.

In der Bevölkerung verbreitete sich das Gerücht, daß es sich um einen politischen Anschlag handle, und eine große Volksmenge veranstaltete daraufhin eine antiklerikale Straßenkundgebung. In Oporto kam es aus demselben Anlaß zu Ruhestörungen.

Madrid, 5. Oktober, 3½ Uhr früh. Der Agencia Fabra wird aus Santander gemeldet, der deutsche Dampfer Paranagua habe soeben ein Marconi-Telegramm von dem in Lissabon ankernden Dampfer Cap Blanco derselben Gesellschaft erhalten mit der Mitteilung, daß in Lissabon die Revolution ausgebrochen sei, und daß das königliche Palais von Kriegsschiffen bombardiert worden sei. Die Revolutionäre hätten die königliche Fahne vom Schlosse heruntergeholt und dafür die republikanische Flagge gehißt. Eine Bestätigung der Meldung ist noch nicht eingetroffen.

London, 5. Oktober. Ein hiesiges Blatt bringt gleichfalls die Meldung von dem Ausbruch der Revolution in Lissabon. Alle Verkehrsverbindungen seien unterbrochen, die Telegraphendrähte zerschnitten. In der Stadt sollen ernste Kämpfe stattgefunden und die Republikaner einige Erfolge gehabt haben. Armee und Flotte hätten für die Revolutionäre Partei ergriffen. König Manuel sei gefangen genommen worden.

Paris, 5. Oktober. Eine beim hiesigen portugiesischen Konsulat von privater Seite eingetroffene Meldung bestätigt den Ausbruch der Revolution in Lissabon.

Paris, 5. Oktober. Mehrere Blätter haben heute nacht mittels Funkspruchs von einem in den portugiesischen Gewässern liegenden Schiff folgende nach St. Marie de la Mar (Departement Rhône-Mündung) gesandte Depesche erhalten: In Lissabon ist eine Revolution ausgebrochen. Um 2 Uhr Nachmittags begann das Bombardement des königlichen Palastes durch die Kriegsschiffe. Ein großer Teil der Armee, sowie die ganze Marine sind auf seiten der Revolutionäre. Der Zugang zur Stadt ist abgesperrt. Es ist unmöglich, Einzelheiten zu erhalten.

Im Gegensatz zu anderen Meldungen wird dem Figaro gemeldet, der König habe Lissabon verlassen.

Paris, 5. Oktober. Der hiesige portugiesische Gesandte, der heute früh von einem Berichterstatter von der hier eingetroffenen Nachricht verständigt wurde, erklärte, daß er keinerlei derartige Mitteilung erhalten habe und hoffe, daß sie unrichtig sei. Er sei überzeugt, daß die Armee mit den Revolutionären nicht zusammengehe. — Mehrfach wird vermutet, daß die Ermordung des Irrenhausdirektors und republikanischen Deputierten Bombarda durch einen geisteskranken Offizier die Revolutionäre bestimmt habe, das Signal zur Revolution zu geben.

Der hier weilende Führer der Partei der portugiesischen Revolutionäre Magelhaens Lima erklärte einem Mitarbeiter des Matin: Die Revolution überrascht uns nicht. Wir haben sie seit langem angekündigt. Wir hatten gehofft, daß die Aenderung der Regierungsform sich in Ruhe und Ordnung lediglich durch die Wirkung des frei ausgedrückten Volkswillens bald vollziehen werde. Die Herrschsucht und Verblendung der Machthaber hat das nicht erlaubt.

Zur Frage der türkischen Anleihe.

Konstantinopel, 4. Oktober. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Der gestrigen zweistündigen Unterredung des französischen Botschafters Bompard mit dem Großwesir wird große Bedeutung für die Bedingungen der Kotierung der türkischen Anleihe an der Pariser Börse beigelegt, doch wird hierüber strengstes Stillschweigen beobachtet. Der Optionstermin des vom Finanzminister Dschawid Bey und dem Crédit Mobilier abgeschlossenen Anleihevertrages soll am 14. Oktober ablaufen.

Die Prager Ausgleichskommission.

Prag, 4. Oktober. Die vom Landtage gewählte nationale Ausgleichskommission hat heute mit ihren Beratungen begonnen. Es fand Generaldebatte statt; insbesondere kamen die nationale Teilung des Landesausschusses und die Bildung nationaler Kurien im Landtage zur Erörterung. Die Stimmung war im allgemeinen günstig.

Kleinere politische Nachrichten.

Aus Washington wird gemeldet: Das Marinedepartement hat beschlossen, den Kongreß um die provisorische Ermächtigung zu ersuchen, außer den zwei Kriegsschiffen und den zwei Kohlenschiffen, die bereits gefordert wurden, zwei neue Kanonenboote, von denen das eine die Flüsse Chinas befahren soll, und zwei Schlepper zu erbauen. — Die diplomatischen Beziehungen zwischen **Venezuela** und **Kolumbien** sind, wie aus Caracas telegraphiert wird, wieder hergestellt. — Wie aus Kapstadt berichtet wird, haben Premierminister **Botha** und der bisherige Finanzminister **Hull**, die bei den Wahlen zum Unionsparlament unterlegen waren, die Mandate angenommen, die ihnen in Losberg bezw. in Barberton angeboten worden sind. — Der neugewählte Präsident von Argentinien **Saenz Peña** wird sein Amt am 12. Oktober antreten.

Nachklänge zum Magdeburger Parteitage.

Der Magdeburger Parteitag hat auch dem weltfernsten Grübler und Träumer gezeigt, daß die Sozialdemokratie mit zunehmendem Alter trotz des für die Nation beschämenden Wachstums ihrer Ziffern immer steriler wird, und daß sie im eigenen Hause nicht einmal ihren eigenen Anschauungen gerecht werden kann. Wie hätte sonst der Antrag auf Zulassung der Arbeiter zu den Konferenzen der Geschäftsführer diese programmwidrige Erledigung finden können, die eine weit schlimmere Versündigung an dem Dogma war, als die harmlose Budgetbewilligung der braven badischen Bürger Dr. Frank und Kolb? Kein Geringerer als Fischer-Berlin, der Direktor der Vorwärts-Druckerei, verwies die Arbeiter durch Ermahnung zur Bescheidenheit und durch Hinweis auf die verschiedenartige Ergiebigkeit der Parteibetriebe in ihre Schranken. Vom bürgerlichen Standpunkte ist gegen diese Ablehnung nichts einzuwenden; man kann dem Abg. Fischer sogar dankbar sein, daß er den bürgerlichen Unternehmern für die Zukunft die Arbeit gegenüber den Gewerkschaften so erleichtert und daß er den Abg. D. Naumann mit seinem Ideal der konstitutionellen Fabrikordnung so deutlich abgefertigt hat. Dabei ging die Forderung nicht einmal so weit wie bei Naumann, der bekanntlich in jedem Betrieb eine stimmberechtigte Arbeitervertretung dem Unternehmer an die Seite, oder sollte man nicht lieber sagen, auf den Nacken setzen will. Der Antrag wollte nur, daß zu den Geschäftsführerkonferenzen der verschiedenen Parteibetriebe auch die Arbeiter zugezogen werden. Da hier nur Richtlinien festgestellt, aber keine die einzelnen Betriebe wirtschaftlich bindenden Beschlüsse gefaßt wurden, so war die Forderung eigentlich bescheiden — und doch abgelehnt, weil die sozialdemokratischen Betriebe fest auf dem Boden des Privat- und Persönlichkeitseigentums wurzeln, genau wie die sozialdemokratischen Wortführer auch. Daran ändert auch die Genossenschaftsform nichts, die nur eine vereinfachte Arbeitsmethode, aber kein Griff in die Maschen der jetzigen Eigentumsordnung ist, weil jedes Genossenschaftsmitglied im Verhältnis seiner Sach- und Arbeitseinlage persönlich und privatrechtlich am Besitz und Gewinn der Genossenschaft beteiligt ist. Demgemäß wird auch die Zunahme der Genossenschaften nur die Wirkung haben, daß ähnliche Reden wie die Aeußerung des Abg. Fischer gezeitigt werden; am Wesen der Rechtsordnung aber wird nichts geändert.

Die sozialdemokratischen Wortführer werden kaum eine Vorstellung davon haben, mit welch kaustischem Humor diese Selbstironie aufgenommen wird. Der Einwand, daß der sozialdemokratische Zukunftsstaat nur in der Form einer Gesamtregelung in allen Staaten möglich sei, und daß innerhalb der heutigen Rechtsordnung Proben auf das Exempel undurchführbar sind, mag bei der urteilslosen Masse der Sozialdemokratie Glauben finden, die ja auch das Sakrileg des Abgeordneten Fischer nicht erkennt; die bürgerlichen Kreise aber wissen, daß die Vergesellschaftlichung der Betriebsmittel Unternehmer und Arbeiter miteinander verschneiden soll. Jeder Bürger des Zukunftsstaates ist gleichwertig am Gemeinschaftsbesitz beteiligt. Auf die Form des genossenschaftlichen Gemeinschaftsbetriebes angewendet, bedeutet dies, daß jeder Arbeiter eines Unternehmens auch dessen stimm- und gewinnberechtigtes Mitglied ist. Diese Form einer Produktivgenossenschaft, gebildet von den Arbeitern und Beamten eines Betriebes, ist auch heute theoretisch möglich, tatsächlich freilich undurchführbar, weil der ganze Sozialismus in seiner Beweisführung die unentbehrliche Kraft des Unternehmers, die leitende Persönlichkeit, dialektisch totgeschlagen hat; sie muß also mit der Verwirklichung ihres Gedankens Schiffbruch leiden, weil der dialektische Todschlag die wirkenden Kräfte doch am Leben läßt.

Aber so unverhüllt — wenn ein Sozialdemokrat darüber urteilte, müßte er sagen, so schamlos — ist noch niemals die gänzliche Unfruchtbarkeit der Lehre und der Partei zugestanden worden. Die Wucht dieser Tatsache verstärkt sich aber noch durch den wachsenden Skeptizismus in der Partei. Bebel sprach in Magdeburg weder vom Zukunftsstaat, noch von dem Zusammenbruch der jetzigen Staats- und Rechtsordnung. Er sprach nur von der Erlangung der Mehrheit in den Volksvertretungen, und diese ihm einst so nahe gerückte Zeit schiebt er in seinem ehrlichen, aber in der Schlußwirkung wohl kaum berechneten Skeptizismus auf eine Zeit, in der er selbst und Dr. Frank, wie er meint, längst tot sind.

Diese Aeußerung Bebels ist aber in doppelter Bedeutung wichtig. Er bekennt damit, daß das sozialdemokratische Ziel nicht wirtschaftlich, sondern politisch-revolutionärer Art ist, daß also nicht für die Arbeitermassen, sondern mit ihnen gearbeitet wird. Sie sind nicht die Träger, sondern nur die Werkzeuge einer auf den Umsturz gerichteten Politik. Die Offenheit, mit der die Sozialdemokratie allmählich ihre Ideale und auch ihre Methoden verleugnet, ist ein bemerkenswertes Ergebnis der Magdeburger Verhandlungen.

Aber was ist es denn nun eigentlich, was die Massen beherrscht, wenn an den Altären der Partei Spott mit den eigenen Heiligtümern getrieben wird? Es ist die Macht der Phrase, der suggestive Glaube, daß ihre in unbegreiflicher Selbstverleugnung steril gemachten Wählerziffern für die bürgerlichen Kreise eine gefürchtete Macht und ein moralischer Wert seien. In dieser blinden Täuschung übersehen sie, daß die als Klasse ihnen fernstehenden Elemente, die durch ihre Hilfe auf Grund ihrer dialektischen Fertigkeiten in den Volksvertretungen eine öffentliche Macht gewinnen, nicht nur jedes Verständnis, sondern auch jede Liebe zu ihren wahren Interessen vermissen lassen. Ist es nicht eine vernichtende Selbstkritik, wenn Bebel heute in der Sozialpolitik des großen Kaisers einen Erfolg der sozialdemokratischen Negation sieht? Wir verbuchen die Anerkennung des Erfolges und fragen: Hat die Sozialdemokratie dieses Werk veranlaßt, geahnt, gewollt und gefördert? Nichts von allem! Das Werk ist da, geschaffen im sozialen Geiste der bürgerlichen Kreise und geboren aus dem monarchischen Sinne der gerechten Fürsorge für alle Volkskreise. Hat die Sozialdemokratie Anteil an der nationalen Politik, die unsere Industrie groß werden ließ und die Arbeiterlöhne von der heutigen Höhe gezeitigt hat? Hat die Sozialdemokratie Teil an der Politik des Friedens, der uns durch die Wehrhaftmachung des Volkes gesichert wurde, und unter dessen Herrschaft die Arbeiterklasse den Aufstieg zu behaglichen Lebens- und zu höheren Kulturformen vollzogen hat? Auf alle diese Fragen gibt es nur ein Nein. Magdeburg hat nicht nur die Gewalttätigkeit, sondern auch die Heuchelei der unfruchtbaren Sozialdemokratie enthüllt.

-la-

Hof- und Personalnachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser nahm gestern vormittag im Jagdschloß Rominten den Vortrag des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Freiherrn v. Schorlemer entgegen.

* Ihre Königlichen Hoheiten Prinz und Prinzessin Friedrich Leopold von Preußen, die gestern vormittag 8 Uhr 5 Min. vom hiesigen Anhalter Bahnhofe abgereist waren, sind gestern abend in Wien eingetroffen und alsbald nach St. Andrae im Lavanttal weitergereist.

* Ihre Königliche Hoheit Prinzessin Therese von Bayern ist mit Gefolge in Berlin eingetroffen und im Hotel Adlon abgestiegen.

* Erzherzog Karl Stephan hat sich in Vertretung des Kaisers und Königs Franz Josef zu den Leichenfeierlichkeiten für den verstorbenen Fürsten Heinrich XXIV. nach Ernstbrunn begeben.

* Der Kaiser von Rußland und der Großherzog von Hessen sind gestern nachmittag zur Besichtigung der Sehenswürdigkeiten der Stadt in Limburg an der Lahn eingetroffen.

* Bei dem gestern zu Ehren des Königs und der Königin der Belgier in der Wiener Hofburg gegebenen Galadiner brachte Kaiser und König Franz Josef in französischer Sprache folgenden Trinkspruch aus:

Glücklich, Ew. Majestäten als meine erlauchten Gäste und meine teueren Verwandten zu begrüßen, liegt es mir am Herzen, Ihnen für Ihren liebenswürdigen Besuch aufrichtig und herzlich zu danken. Die liebenswürdige Gegenwart Ihrer Majestät der Königin bereitet mir eine ganz besondere Freude, für die ich ihr huldigend meinen aufrichtigen Dank darbringe. Ich schätze, Sire, diesen Besuch doch als einen Freundschaftsbeweis, der nicht ermangeln wird, dazu beizutragen, die ausgezeichneten Beziehungen, die seit langem zwischen Belgien und Oesterreich-Ungarn bestehen, noch inniger zu gestalten. Indem ich Ew. Majestät das Regiment, dessen verehrte Inhaber weiland König Leopold II. und dessen Vater König Leopold I. waren, verleihe, bitte ich Sie, diese Bezeugung meiner aufrichtigen Freundschaft als einen Beweis der Wertschätzung entgegenzunehmen, die ich der Beständigkeit unserer Beziehungen beimesse. Möge die Herrschaft, die Ew. Majestät soeben angetreten haben, von langer Dauer, glücklich und glorreich sein! Ich trinke auf die Gesundheit Ew. Majestäten!

Der König der Belgier erwiderte darauf mit folgenden Worten in französischer Sprache:

Die herzlichen Worte des Willkommens, die Ew. Majestät soeben an mich gerichtet haben, haben die Königin und mich tief gerührt, und wir bitten Ew. Majestät von ganzem Herzen, unseren Dank entgegenzunehmen. Ew. Majestät wissen wohl, wie sehr dieser Besuch, der uns heute zu Ihnen geführt hat, von uns ersehnt war. Wir hegten den besten Wunsch, in dieser schönen Hauptstadt den erlauchten Monarchen begrüßen zu können, dem alle Völker seiner Staaten eine seltene Liebe entgegenbringen. Denn sie wissen, daß auch mehr als 60 Jahre all ein Denken und jede Regung seines Herzens von der Sorge für ihr Glück und Wohlergehen beseelt war. Ebenso lebhaft wünschten wir, Ew. Majestät persönlich unsere Glückwünsche zu dem freudigen Fest, das vor einigen Wochen unter den jubelnden Kundgebungen Ihrer Untertanen gefeiert wurde, und welchem sich alle auswärtigen Fürsten angeschlossen haben, deren Blicke auf den Thron der Herrscher Europas mit Bewunderung gerichtet sind, als ein edles Vorbild aller Herrschertugenden, darzubringen. Noch andere Gefühle haben uns hierhergeführt: unsere aufrichtige Liebe für den verehrten Oheim und die Verehrung, die die Königin und ich für die so tief betrauerte Kaiserin pietätvoll bewahren, deren Herz von Mitgefühl für alles menschliche Leid so sehr erfüllt war. Das belgische Volk wird ebenso wie ich für die huldvollen Worte Ew. Majestät sehr dankbar sein. Es bestehen die freundschaftlichsten Beziehungen zwischen ihm und den Völkern der österreichisch-ungarischen Monarchie, deren Geschichte eine Zeitlang mit der seinen verknüpft war. Ich brauche Ew. Majestät nicht die Versicherung zu geben, daß ich meine ganze Kraft darauf verwenden werde, diese Bande der gegenseitigen Sympathie und Freundschaft noch enger zu gestalten. In Uebereinstimmung mit den Gefühlen aller Belgier und voll Dank für den liebenswürdigen Empfang, der uns bereitet wurde, bege ich heiße Wünsche für das Glück Ew. Majestät. Möge die Vorsehung Ew. Majestät noch lange die liebe Ihrer Untertanen erhalten: ich trinke auf das Wohl Ew. Majestät und der Mitglieder der kaiserlichen Familie, sowie des Gedeihen der Staaten der Monarchie!

An dem Galadiner nahmen außer den Majestäten teil sämtliche Erzherzoge und Erzherzoginnen, die obersten Hof- und Staatswürdenträger, sowie die Generalität.

Nach dem Trinkspruche des Kaisers spielte die Kapelle die Brabançonne, nach dem Trinkspruche des Königs der Belgier die Volkshymne. Nach dem Galadiner wurde Cercle abgehalten, worauf der König und die Königin der Belgier zur Hofoper fuhren. Nach der Oper gab Erzherzog Friedrich zu Ehren der belgischen Majestäten eine Soiree.

Der König der Belgier besuchte gestern nachmittag in Wien die Jagdausstellung und empfing sodann das diplomatische Korps. Kaiser und König Franz Josef verlieh dem König der Belgier das Infanterieregiment Nr. 27, dessen früherer Inhaber König Leopold gewesen ist.

* Kaiser und König Franz Josef verlieh dem Könige der Belgier das Großkreuz des Stephans-Ordens und der Königin den Elisabeth-Orden.

* Die großen diesjährigen Manöver in Rumänien werden unter Leitung des Prinzen Ferdinand bei Slatina stattfinden. Der König wird ihnen nicht beiwohnen, da ihm der Arzt infolge eines leichten Leberleidens das Reiten untersagt hat.

* Der frühere Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Dernburg besuchte gestern die Häfen von Port Arthur und Dairen. Darauf reiste er nach Kingtau weiter.

* Der italienische Botschafter Pansa ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Botschaft wieder übernommen.

* Wie schon kurz gemeldet wurde, verstarb in Stuttgart der Reichsgerichtsrat a. D. Dr. jur. Georg Friedrich v. Lenz. Er war am 17. März 1834 geboren, 1856 in den württembergischen Justizdienst getreten, 1861 Amtsrichter, 1865 Oberjustizassessor, 1869 Kreisrichter und 1879 Erster Staatsanwalt in Stuttgart geworden. 1886 wurde er, nachdem er kurz zuvor geadelt war, zum Oberstaatsanwalt und wenige Monate später zum Reichsgerichtsrat ernannt. Er gehörte bis zu seiner am 1. Oktober 1897 erfolgten Pensionierung dem 1. Strafsenat an. 1871 wurde er vor seinem Heimatskreise Urach in den württembergischen Landtag gewählt, dessen Vizepräsident er einige Zeit war. Von 1874 bis 1876 und von 1884 bis 1886 vertrat er als nationalliberaler Abgeordneter den Wahlkreis 5 Württemberg (Eßlingen) im Reichstag; sein Mandat erlosch infolge Beförderung.

k. Generalmajor v. Wartenberg, Inspekteur der Infanterieschulen, Fregattenkapitän Röling, vom Admiralstab der Marine, sind in die Garnison zurückgekehrt.

k. Generalmajor Heiber, Inspekteur der 3. Pionierinspektion, Oberst v. Bodungen, Inspekteur der Marineinfanterie, Major v. Zassel, Kommandeur des Jägerbataillons Nr. 4, sind in Berlin eingetroffen.

k. Oberst Schmidt v. Knobelsdorf, Kommandeur des 4. Gardegrenadierregiments zu Fuß, Oberstleutnant v. Petersdorff, Abteilungschef im Kriegsministerium, die Majore: Herzbruch, im Militärkabinett, v. Selle (Hans) im Kriegsministerium, haben die Garnison verlassen.

Deutsches Reich.

* Am Dienstag vormittag traf der Staatssekretär des Innern Dr. **Delbrück** in Begleitung des Direktors im Reichsamt des Innern v. Jonquières und des Geheimen Oberregierungsrates Dammann in Hamburg ein. Die Herren machten im Laufe des Nachmittags eine Rundfahrt durch den Hafen, wobei die Auswandererhallen, die Vulkanwerft und die Werft von Blohm u. Voß besichtigt wurden. Bei dem Abends im Rathause zu Ehren des Staatssekretärs vom Senat veranstalteten Festmahl begrüßte Bürgermeister Dr. Schröder den Staatssekretär mit herzlichen Worten, wobei er dankbar der rastlosen und erfolgreichen Tätigkeit Delbrücks gedachte. In seiner Antwort führte Staatssekretär Delbrück unter anderem aus, bei der Fahrt durch den Hafen mit seinen grandiosen Anlagen und Einrichtungen, seinem mächtigen Verkehr und den Werften sei es ihm klar geworden, daß der Geist der deutschen Kaufleute von Hamburg, wie er vor Jahrhunderten war, auch heute noch nicht erstorben sei.

Als er das Denkmal des Fürsten Bismarck, des großen Kanzlers, gesehen habe, sei es ihm weiter klar geworden, daß nicht nur das Selbstbewußtsein und der Wagemut der Hamburger, sondern auch ein anderes mitgewirkt habe an den Erfolgen, deren wir uns heute erfreuten, und die jeder bewundere. Das sei der größte Eindruck heute für ihn, daß in dem großen Deutschen Reich bei aller Tätigkeit der einzelnen Glieder doch schließlich alles, was uns erfreue, das Ergebnis der deutschen Einheit sei, daß gerade in der Hansestadt das Bewußtsein des Wertes der deutschen Einheit und das Verständnis für Deutschlands Größe ganz besonders lebhaft sei. Der Staatssekretär schloß mit dem Wunsche, daß dem deutschen Vaterland allezeit erhalten bleiben möge dieses Hamburg, in dem die ganze Lebenskraft des deutschen Vaterlandes zum Ausdruck komme, in dessen Hafen sich der größte Teil unseres überseeischen Verkehrs vereinige, dieses Hamburg, das immer noch, wenn auch die Flagge nicht dieselbe geblieben, die erste unter den Städten sei, die den deutschen Namen im Auslande mit Achtung und Anerkennung erklingen lasse.

* Es wird, so scheint die Neue politische Correspondenz, seitens des Ministers des Innern nicht beabsichtigt, neue Maßregelungen für **kleinere Feuerversicherungsvereine** aufzustellen. Die Aenderungen an den bisherigen Satzungen der Vereine mit Bezug auf das Versicherungsvertragsgesetz vom 30. Mai 1908 ergeben sich ohne weiteres daraus, daß die Satzungen von den zwingenden Vorschriften des Reichsgesetzes nicht zum Nachteil des Versicherungsnehmers abweichen dürfen; die zwingenden Vorschriften des Reichsgesetzes sind in der Druckfache des Reichstags, 12. Legislaturperiode 1. Session 1907 zusammengestellt. Da diese Vorschriften als zwingende den Vorschriften der Satzung vorgehen, so gelten sie, auch wenn in der Satzung etwas für den Versicherungsnehmer Ungünstigeres bestimmt ist. Es werde sich aber zur Vermeidung von Irrtümern und unnötigen Prozessen empfehlen, die bisherigen Satzungen auf diese Abweichungen von den gesetzlichen Vorschriften durchsehen und sie, soweit die zwingenden Gesetzesvorschriften es erfordern, mit dem Reichsgesetze in Einklang zu bringen.

Parlamentarisches.

Reichstag.

* Die Reichstagskommission für die **Reichsversicherungsordnung** setzte ihre Beratungen gestern bei § 964 (Satzung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften) in Verbindung mit den §§ 973, 997 bis 1001 und 1006 (Maßstäbe des Gemeindesteuerrechts) fort. Ein Mitglied der Reichspartei verbreitete sich über die Unzweckmäßigkeit der Grundsteuer als Maßstab für die Beiträge zu den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. In letzteren seien lediglich Juristen tätig, die Taxen seien infolge der Verschiebungen im Wert der Grundstücke veraltet. Diese Maßstäbe seien nicht etwa nur in Preußen vorhanden. Die Beiträge seien nach versicherungstechnischen Grundsätzen — Leistung und Gegenleistung — zu erheben. Redner stellt einen dahingehenden Antrag. — Die Regierung wendet dagegen ein, daß bei den stabilen Verhältnissen in der Landwirtschaft der Grundsteuermaßstab angemessen sei. Er sei auch leicht zu handhaben und erfordere geringe Verwaltungskosten. Es sei den Berufsgenossenschaften ja unter anderem die Wahl des Maßstabes freigestellt; diese Freiheit sollte man ihnen lassen. — Vom Zentrum wird für Beibehaltung des bisherigen Zustandes gesprochen, der durch größere Freiheiten etwas gemildert werden könnte, z. B. durch Herauziehung des Verhältnisses des Grundsteuerreinertrages zur Grundfläche und der Kulturart. Ein entsprechender Antrag wird vom Zentrum gestellt. Ein Sozialdemokrat hält es für angemessen, daß die Betriebe, die Maschinen verwenden, besonders herangezogen werden, weil sie weit mehr Fälle als die anderen hätten, speziell die Kleinbetriebe. Der freikonservative Antrag sei daher zu begrüßen. Ein konservativer Redner wendet sich gegen die Ausführungen des Redners der Reichspartei. Das landwirtschaftliche Risiko sei nicht zu unterschätzen, und das komme gerade bei kleineren Betrieben in Betracht. Diese seien also keineswegs benachteiligt; das bewehre übrigens die Beibehaltung des bisherigen Modus in den Genossenschaften, in denen doch die Kleinbetriebe die Mehrheit hätten. Es bestehe die Gefahr einer übergroßen Vermehrung der Verwaltungsarbeiten. Redner befürwortet den Antrag des Zentrums. Den Kern des Antrags der Reichspartei erkennt Redner jedoch als berechtigt an. Die Einkommensteuer sei der an und für sich einwandfreieste Maßstab, bei der Ungleichheit der Einkommensteuern in den einzelnen Staaten aber nicht anwendbar. Der Kleinbetrieb mit intensiver Bewirtschaftung sei bei dem bisherigen System nicht benachteiligt. Der sozialdemokratische Redner befürwortet die Berücksichtigung der Gefahrenklassen.

In der Abstimmung wird der Antrag der Reichspartei auf Abschaffung des Grundsteuermaßstabes abgelehnt, ebenso der konservative Antrag, der den Mindestbeitrag von einer Mark auf zwei erhöhen will. Der Zentrumsantrag auf Zulassung anderer Maßstäbe wird darauf einstimmig angenommen. Die Abstimmung über die §§ 964 ff. wird ausgesetzt.

i.: Die §§ 973, 997 bis 1001a, 1006, Regelung des Beitrags, sind angenommen. Es schließt sich eine Aussprache über die Häufigkeit der Versammlungen der Berufsgenossenschaften und das Wahlsystem an. § 968 wird nach der Regierungsfassung angenommen, ebenso die §§ 967 bis 969 Genossenschaftsorgane, § 970, Genossenschaftsbeamte, und die §§ 971, 972, 974 bis 996 nach Maßgabe der vorhergegangenen Beschlüsse.

Bei Beratung der §§ 1002 und 1020 entspinnt sich eine längere, vom Zentrum angeregte Debatte darüber, die Unfälle, bei denen es zweifelhaft sei, ob sie zu der Unfallversicherung der Berufsgenossenschaft gehören, gegen eventuelle Zuschläge unpweifelhaft einzubeziehen. Von verschiedenen Seiten wird geltend gemacht, daß dieser Schritt in das Gebiet der Privatversicherung hinübergreife und über den Rahmen des Gesetzes hinausgehe. Demgegenüber wird betont, daß in der Hauptsache schon ein Vorgang geschaffen sei. Es sei keine Zwangsbeihilfe, sondern eine freie Versicherung. Die Regierung spricht sich mit Entschiedenheit gegen die Anregung aus. — Die §§ 1002 und 1003 werden nach Zurückziehung der Anträge nach der Vorlage angenommen.